

142. Sitzung * Berlin, Donnerstag, den 14. Februar 2008

Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes für Produkte und Dienstleistungen für Kinder auf 7 Prozent

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Lydia Westrich, SPD-Fraktion, das Wort.

Lydia Westrich (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich warte vielleicht noch ein bisschen, bis sich die Unruhe etwas gelegt hat.

Lydia Westrich (SPD):

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Kinderarmut zu bekämpfen ist ein Ziel, dem sich das ganze Hohe Haus verschrieben hat. Die Quote der in Armut lebenden Familien in Deutschland ist viel zu hoch. Natürlich ist das materielle Wohl der Kinder nicht allein ausschlaggebend für ihr glückliches und gesundes Aufwachsen. Was dazu nötig ist, können wir von Staats wegen nicht beeinflussen. Aber immer mehr Familien sind nur deshalb, weil sie Kinder haben, auf Grundsicherung angewiesen. Bei Familien mit mehreren Kindern steigt das Armutsrisiko.

Diese Armut beeinträchtigt natürlich die Möglichkeiten sozialer, gesundheitlicher und auch kultureller Entwicklung der Kinder. Das nehmen wir als Regierungsfaktionen nicht einfach hin.

Zug um Zug rücken wir - die Koalitionsfraktionen, Bundesregierung, Länder und Kommunen, aber auch viele gesellschaftliche Partnerorganisationen - diesem Problem zu Leibe. Das Ganztagsschulprogramm, der Kinderzuschlag, die Wohngelderhöhung, die BAföG-Erhöhung, die Mehrgenerationenhäuser, der Ausbau der Kinderbetreuung sind ganz wichtige Bausteine, die wir bereits auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Deren Ergebnisse werden sich in Kürze zeigen.

Nur ein kleines Beispiel: Durch die durch unser Programm ermöglichte Einrichtung der Ganztagschule ist es in meiner Region, in der Regionalen Schule Wallhalben, gelungen, fast alle Kinder wenigstens mit Haupt- oder Realschulabschluss ins Leben zu entlassen. Die individuellen Fördermöglichkeiten ersetzen teure Nachhilfestunden und eröffnen den Kindern neue Welten. Das ist wirkungsvolle Armutsbekämpfung.

Was liegt uns heute vor? Ein Antrag, der vorspiegelt, die große Sorge der Kinderarmut durch ein paar Drehungen an diversen Schraubchen beheben zu können. Das ist angesichts dieser Aufgabe mehr als unredlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Zuruf von der LINKEN:
Na, na, na!)

Sie, meine Damen und Herren von der linken Seite, benutzen die Not der betroffenen Familien, um hier wieder einmal eine ganz große Show abzuziehen.

(Eduard Oswald (CDU/CSU): Genau so ist es!)

Ihr Antrag ?Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes für Produkte und Dienstleistungen für Kinder auf 7 Prozent? ist jetzt bald ein Jahr alt. Inzwischen sollten Sie, eventuell belehrt von Exfinanzminister Oskar Lafontaine, gelernt haben, dass wir alle hier, auch Sie, dieser Forderung nicht entsprechen können, weil sie EU-rechtswidrig ist, sehen wir einmal davon ab, wie sinnvoll eine solche Maßnahme wäre. Gegen Polen wurde jetzt wegen solcher Maßnahmen von Brüssel ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Über diese offenkundige EU-Rechtswidrigkeit lassen Sie auch noch namentlich abstimmen. Da sieht man einmal, wie Sie zu Europa stehen. Bei dieser Farce fällt es zumindest auch denjenigen leicht, dagegen zu stimmen, die aufgrund des Tenors Ihres Antrags vielleicht noch damit geliebäugelt haben. Sie führen mit dieser Maßnahme doch nur vor, wie wichtig Ihnen die Bekämpfung der Kinderarmut in Wirklichkeit ist. Es macht mich zornig, wie Sie die Nöte und Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger instrumentalisieren.

Vor drei Wochen fast um dieselbe Zeit hat Herr Gysi an diesem Rednerpult Vorschläge gemacht, wie er Kinderarmut bekämpfen würde, leidenschaftlich und lautstark, wie er ist. Am Schluss seiner Rede erklärte er, dass alles leicht über Steuererhöhungen - er sprach von 120 Milliarden Euro jährlich - zu finanzieren sei. Und worüber reden wir heute, drei Wochen später, aufgrund seines Antrags? Nicht über mehr, sondern über weniger Steuern. Das Merkwürdigste dabei ist, dass jeder weiß, dass dieses Geld kaum den Familien zugutekommen wird, die es brauchen. Sie stopfen es den Unternehmen in den Rachen, die Sie sonst immer mit mehr Steuern belegen wollen.

(Widerspruch bei der LINKEN - Zuruf von der LINKEN: Merkwürdige Logik!)

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, einen Vergleich der Preise für Kinderkleider in mehreren Ländern anzustellen. Das war schwierig; denn selbst in Deutschland gibt es häufig unterschiedliche Preise in den einzelnen Regionen. Aber ich habe es doch geschafft. Zum Beispiel ein BabyLangarmshirt von derselben Firma kostet in Österreich 3,19 Euro, in Tschechien - ermäßigter Steuersatz - 3,74 Euro, in Deutschland 2,99 Euro, in Großbritannien 3 Pfund, also mehr als 4 Euro. Ungefähr das Gleiche gilt für Pampers und anderes. In Großbritannien ist Kinderkleidung ganz von der Mehrwertsteuer befreit; dennoch war das Shirt dort am teuersten. Wer hat in dem Fall den Profit?

(Widerspruch bei der LINKEN)

Außerdem ist die Kinderarmut in dem von Ihnen als Beispiel genommenen Großbritannien noch weit höher als in Deutschland. Was wollen Sie also mit diesem Antrag bewirken?

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Manfred Kolbe (CDU/CSU))

Ich nehme an, dass Sie sich schon vor dem Verfassen des Antrags über die tatsächlichen Verhältnisse schlau gemacht haben. Also wissen Sie, dass das ein reiner Schaufensterantrag ist. So einen Umgang haben die Familien wirklich nicht verdient.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Falls die EU-Kommission die Babywindeln in den Katalog der ermäßigten Steuersätze aufnimmt, was wir dann natürlich auch tun, können wir allein an diesem Beispiel studieren, wie sich die Preise entwickeln werden. Dass das am Ende dem Verbraucher nutzt, bezweifle ich sehr.

Stimmten wir aber Ihrem Antrag zu, hätten wir zuverlässig hohe Steuerausfälle. Um das zu erkennen, brauche ich mir nur die Schreiben auf meinem Tisch anzuschauen: Die deutschen Freizeitparks sind familienfreundlich, Mineralwässer und Medikamente für Kinder ebenso. Wie sieht es mit der Bahn aus? Auch Bahnfahren ist familienfreundlich. Nette Familienrestaurants gibt es ebenfalls. Sehr viele würden vorgeben, Produkte für Kinder herzustellen bzw. Dienstleistungen für Kinder zu erbringen. Ein Milliardenloch würde so entstehen. Zusätzlich erwartet uns ein teures Vertragsverletzungsverfahren aus Brüssel. Die von Herrn Gysi anvisierten 120 Milliarden Euro Steuererhöhung würden also nicht ausreichen. Da müssten Sie kräftig noch etwas drauflegen. Ihr Antrag ist wirklich ein schlechter Witz, obwohl niemand bei diesem Thema lachen kann.

Mit einer Minderung der Umsatzsteuer, meine Damen und Herren von der Linken, entziehen Sie Bund, Ländern und Gemeinden das Geld, das gebraucht wird, um all das zu finanzieren, was Familien zugute kommt. Ich nenne beispielsweise beitragsfreie Kindergärten, Kinderpsychologen und Gesamtschulen, wie sie in Rheinland-Pfalz - von den Eltern gefordert und vom Land gefördert - auch in ländlichen Gebieten wohnortnah entstehen.

Der von Ihnen zitierte Christoph Butterwegge analysiert, dass sich Kinderarmut in der Regel auf Mütterarmut zurückführen lässt. Er sieht den Schlüssel zur Verringerung dieser Armut in einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen. Mütter sollen Geld verdienen, so schreibt er. Wenn ich Ihren Kronzeugen ernst nehme, dann komme ich zu dem Schluss: Wir brauchen eine nachhaltige Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wir können ein höheres Kindergeld beschließen sowie Ganztagschulen, Kinderbetreuung und anderes einführen. Wie die rot-grüne Koalition wird auch die Große Koalition die Familienförderung weiterentwickeln. Das Wichtigste ist aber, dass die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Denn Arbeitslosigkeit macht arm - nicht nur Mütter, sondern auch Väter. Schauen wir einmal auf den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt. In keinem Jahr konnte in Rheinland-Pfalz die Arbeitslosigkeit so deutlich abgebaut werden wie im Jahr 2007. Der Abbau hat alle Personengruppen erreicht: Frauen, Männer, Jugendliche und auch viele Bezieher von Arbeitslosengeld II. Natürlich ist das dem konjunkturellen Aufschwung geschuldet, aber auch unseren Arbeitsmarktreformen. Das ist eine nachhaltige Bekämpfung der Armut.

Die Mindestlöhne, die wir auf den Weg gebracht haben, ziehen Familien aus der Armut. Auf diesem Weg werden wir weitermachen. Ich bin davon überzeugt, dass der Armuts- und Reichtumsbericht ganz anders ausschauen wird, wenn wir es geschafft haben, Mindestlöhne flächendeckend durchzusetzen, sodass Menschen, die arbeiten, nicht noch zusätzlich Unterstützung vom Staat brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden es schaffen - allerdings nicht mit Ihren Forderungen nach immensen Steuererhöhungen, meine Damen und Herren von der Linken. Denn dadurch verschwinden die Arbeitsplätze so schnell, wie sie entstanden sind.

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Da Sie die 120 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Kinder ausgeben wollen, bleibt für einen öffentlich unterstützten Arbeitsmarkt nichts übrig, es sei denn, Sie würden noch etwas oben drauflegen. Mit Ihren Plänen stürzen Sie die Familien geradezu in Armut.

Ich komme zurück zur Mehrwertsteuer, die für die Durchsetzung so vieler Ziele einschließlich der Verminderung der Schuldenlast der öffentlichen Haushalte bestimmt ist. Dieses Ziel dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, gerade wenn wir uns mit dem Thema Kinder beschäftigen.

Die Liste der Dinge, die dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz unterliegen, ist zugegebenermaßen kaum noch nachvollziehbar. Sie ist in vielen Jahren gewachsen und verändert worden. Neu hinzugekommen sind nun die Bergbahnen. Ich wünsche mir zum Beispiel die Aufnahme der Kunstfotografie. Die Begehrlichkeit von allen Seiten, in das verwirrende System der ermäßigten Steuersätze aufgenommen zu werden, nimmt zu. Wir Finanzpolitiker werden uns diese Liste in Kürze genauer anschauen müssen. Herr Wissing, Kaviar ist übrigens nicht mit dem ermäßigten Steuersatz belegt, wie Sie das immer behaupten.

(Dr. Volker Wissing (FDP): Aber Gänsestopfleber und Trüffel!)

- Man kann immer etwas finden. - Wir werden uns diese Liste, wie gesagt, genauer anschauen müssen, um eine Linie zu finden. Diese Linie könnte zum Beispiel sein, leibliches und geistiges Wohl durch einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu unterstützen und alles andere dem normalen Steuersatz zu unterwerfen.

Das wird eine sehr spannende Diskussion, auf die mich schon jetzt freue. Aber heute bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Antrag abzulehnen, weil er die Familien benutzt, ihnen aber in keiner Weise nutzt.

Vielen Dank.